

Landeshauptstadt Magdeburg - Der Oberbürgermeister - Dezernat II Amt 20	Drucksache DS0734/02	Datum 22.10.2002
---	--------------------------------	----------------------------

Beratungsfolge	Sitzung Tag	Ö	N	Beschlussvorschlag		
				angenommen	abgelehnt	geändert
Der Oberbürgermeister	05.11.2002		X	X		
Rechnungsprüfungsausschuss	26.11.2002	X				
Finanz- und Grundstücksausschuss	04.12.2002	X				

beschließendes Gremium Stadtrat	09.01.2003	X		X		X
---	------------	---	--	---	--	---

beteiligte Ämter	Beteiligung des	Ja	Nein
	RPA		[X]
	KFP		[X]

Kurztitel:

Jahresabschluss 2001 der Innovations- und Gründerzentrum Magdeburg GmbH, Magdeburg (IGZ GmbH)

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat nimmt den von der Wollert-Elmendorff Deutsche Industrie-Treuhand GmbH, Zweigniederlassung Magdeburg, geprüften und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehenen Jahresabschluss 2001 der IGZ GmbH zur Kenntnis.

Der Gesellschaftervertreter der IGZ GmbH wird angewiesen:

- den Jahresabschluss 2001 mit einer Bilanzsumme von 33.985.336,10 DM und einem Jahresüberschuss von 9.262,72 DM festzustellen,
- den Jahresüberschuss 2001 in Höhe von 9.262,72 DM auf neue Rechnung vorzutragen,
- dem Geschäftsführer, Herrn Dr. Häfke, für das Geschäftsjahr 2001 Entlastung zu erteilen.

Pflichtaufgaben	freiwillige Aufgaben	Maßnahmenbeginn/ Jahr	finanzielle Auswirkungen			
			JA		NEIN	X
	X					

Gesamtkosten/Gesamteinnahmen der Maßnahmen (Beschaffungs-/Herstellungskosten)	jährliche Folgekosten/ Folgekosten ab Jahr	Finanzierung Eigenanteil (i.d.R. = Kreditbedarf)	Objektbezogene Einnahmen (Zuschüsse/ Fördermittel, Beiträge)	Jahr der Kassenwirksamkeit
	keine <input type="checkbox"/>			

Haushalt		Verpflichtungs- ermächtigung		Finanzplan / Invest. Programm	
veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/> Mehreinn.: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/> Mehreinn.: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/> Mehreinn.: <input type="checkbox"/>	veranschlagt: <input type="checkbox"/> Bedarf: <input type="checkbox"/> Mehreinn.: <input type="checkbox"/>
davon Verwaltungshaushalt im Jahr mit Euro	davon Vermögenshaushalt im Jahr mit Euro	Jahr	Euro	Jahr	Euro
Haushaltsstellen	Haushaltsstellen				
	Prioritäten-Nr.:				

federführendes Amt	Sachbearbeiter	Unterschrift AL
	Herr Friedrich/5402681	Herr Eisermann

Verantwortlicher Beigeordneter	Unterschrift	Herr Czogalla
---	--------------	---------------

Begründung

Der Jahresabschluss 2001 der Innovations- und Gründerzentrum Magdeburg GmbH (IGZ GmbH) erhielt von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Wollert-Elmendorf Deutsche Industrie-Treuhand GmbH, Niederlassung Magdeburg, einen uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Die Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätzegesetz zur Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführungsorganisation, des Geschäftsführungs-Instrumentariums und der Geschäftsführertätigkeit ergab bis auf die unter Punkt 3. aufgeführten Feststellungen keine wesentlichen Beanstandungen.

Das Geschäftsjahr 2001 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 9.262,72 DM ab.

Auswirkungen des KontraG auf die Abschlussprüfung

Das am 1. Mai 1998 in Kraft getretene Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich (KonTraG) wird erstmalig für die Geschäftsjahre ab 1999 angewandt. Zielsetzung des KonTraG ist u.a. die frühzeitige Erkennung von Risiken oder Entwicklungen, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden oder die Vermögens-, Ertrags- oder Finanzlage wesentlich beeinträchtigen. Weitere Ziele liegen in der Verbesserung der Kontrolle durch den Aufsichtsrat und der Zusammenarbeit von Aufsichtsrat und Abschlussprüfer. Entsprechend der auf Grundlage des KonTraG geänderten §§ 317, 321 und 322 HGB ist eine erweiterte Berichterstattung im Prüfungsbericht sowie im Bestätigungsvermerk vorgesehen.

Die Prüfung hat sich insbesondere auf das Erkennen von Unrichtigkeiten und Gesetzesverstößen zu erstrecken. Im Prüfbericht sind Ausführungen darüber zu machen, ob bei der Durchführung der Prüfung Unrichtigkeiten, Verstöße gegen gesetzliche Vorschriften, Tatsachen, die die Entwicklung des Unternehmens wesentlich beeinträchtigen können oder schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter gegen Gesetz, Gesellschaftsvertrag oder Gesellschafterbeschlüsse festgestellt wurden.

Der formelhafte Bestätigungsvermerk wurde abgeschafft. Nunmehr enthält der Bestätigungsvermerk gem. § 322 HGB neben einer Beschreibung von Gegenstand, Art und Umfang auch eine Beurteilung des Prüfungsergebnisses. Auf Risiken, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden, wird gesondert eingegangen.

Entsprechend dieser Vorschriften wurde der Jahresabschluss zum 31.12.2001 der IGZ GmbH geprüft und der Bestätigungsvermerk formuliert.

Grundsätzliche Feststellungen des Abschlussprüfers

In der Stellungnahme des Abschlussprüfers zur Lagebeurteilung der gesetzlichen Vertreter werden nachfolgende Aussagen getroffen:

„Aus dem Jahresabschluss und dem Lagebericht der Geschäftsführung heben wir folgende Aspekte hervor, die zur Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft von besonderer Bedeutung sind:

Die Schwerpunkte der Geschäftstätigkeit des IGZ lagen im abgelaufenen Geschäftsjahr unverändert in der Vermietung der durch das IGZ errichteten bzw. angemieteten Objekte, der Erbringung von Beratungs- und Unterstützungsleistungen für innovative Unternehmen, von Projektsteuerungsleistungen sowie von Dienstleistungen auf dem Gebiet des technischen Gebäudemanagements.

Die Gesellschaft konnte im Jahr 2001 mit 3.574 TDM um 5,1 % höhere Umsatzerlöse erzielen als im Vorjahr. Die Steigerung der Umsatzerlöse ist im Wesentlichen auf die gestiegenen Mieterlöse der Objekte in der Steinfeldstraße sowie auf die gestiegenen Erlöse aus Service- und Beratungsleistungen zurückzuführen.

Die Gesellschaft weist aufgrund der geringen Eigenkapitalausstattung und infolge der in Vorjahren erwirtschafteten Verluste weiterhin einen Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag aus und ist in Höhe von 958 TDM bilanziell überschuldet, wobei sich die Überschuldung um den im Geschäftsjahr 2001 erzielten Jahresüberschuss in Höhe von 9 TDM verringert hat. Aufgrund der hohen Zuschussfinanzierung der getätigten Investitionen und der vorgenommenen steuerlichen Sonderabschreibungen nach dem Fördergebietsgesetz bestehen erhebliche stille Reserven in den Sachanlagen, so dass eine Überschuldung im Sinne der Insolvenzordnung nicht vorliegt.

Im Hinblick auf die zukünftige Entwicklung des IGZ sieht die Geschäftsführung neben der Fortführung der bisherigen Unternehmenstätigkeit einen weiteren Schwerpunkt ihrer zukünftigen Aufgaben darin, im IGZ ansässige Unternehmen, welche die Gründungsphase überwunden haben, bei der Entwicklung und Errichtung eigener unternehmensangepasster Standorte einschließlich der Entwicklung von Finanzierungsmodellen zu unterstützen. Neben der hiermit verbundenen Verbesserung der Ertragssituation des IGZ durch die Übernahme von Projektsteuerungsleistungen und Geschäftsbesorgungen für die Standortentwicklung können hierdurch wieder Flächen für neue Gründungsunternehmen bereitgestellt werden.

Als Risiken der zukünftigen Entwicklung werden im Lagebericht eine nicht auszuschließende sinkende Auslastung und vermehrte Forderungsausfälle wegen Zahlungsschwierigkeiten von Mietern und Projektkunden genannt. Die damit einhergehenden Erlösminderungen würden zu einer Belastung der Ertragslage führen.

Aufgrund der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage der Gesellschaft, die wir aus den im Rahmen unserer Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts gewonnenen Erkenntnissen abgeleitet haben, sind wir - soweit die geprüften Unterlagen eine solche Beurteilung erlauben - zu der Einschätzung gelangt, dass die Lagebeurteilung der Geschäftsführung, insbesondere hinsichtlich des Fortbestands und der künftigen Entwicklung der Gesellschaft, realistisch erscheint.“

In der Stellungnahme des Abschlussprüfers zur Beachtung von Gesetz und Gesellschaftsvertrag wird nachfolgende Aussage getroffen:

„Auch wenn die Abschlussprüfung ihrem Wesen nach nicht darauf ausgerichtet ist, strafrechtliche Tatbestände und außerhalb der Rechnungslegung begangene Ordnungswidrigkeiten aufzudecken und aufzuklären, sind wir gemäß § 321 Abs. 1 Satz 3 HGB darüber hinaus verpflichtet, darzustellen, ob bei der Durchführung der Prüfung Tatsachen festgestellt worden sind, die schwerwiegende Verstöße der gesetzlichen Vertreter oder von Arbeitnehmern gegen Gesetz oder Gesellschaftsvertrag darstellen. Für die im Berichtsjahr erfolgte Übertragung von Parkplätzen konnte uns ein hierfür nach dem Gesellschaftsvertrag

erforderlicher Zustimmungsbeschluss nicht vorgelegt werden. Nach den uns erteilten Auskünften wurde die Übertragung aber mit einzelnen Gesellschaftervertretern abgestimmt.“

In der Gesellschafterversammlung am 13.09.2002 wurde dieser Sachverhalt ausgewertet. Im Ergebnis wurde der Geschäftsführer nochmals ausdrücklich darauf hingewiesen, dass solche Entscheidungen bereits im Vorfeld eines entsprechenden Gesellschafterbeschlusses bedürfen.

Analyse des Jahresabschlusses 2001 im Vergleich zum Vorjahr

1. Gewinn- und Verlustrechnung

Die Position Umsatzerlöse in Höhe von 3.573,7 TDM (Vorjahr 3.401,6 TDM) beinhaltet Mieterlöse in Höhe von 2.874,1 aus dem Objekt Steinfeldstraße (Barleben), Service- und Beratungsleistungen (677,6 TDM) sowie sonstige Erlöse (22,0 TDM).

Die Position Sonstige betriebliche Erträge verminderte sich gegenüber dem Vorjahr (1.782,1 TDM) um 129,2 TDM auf 1.652,9 TDM. Hierbei handelt es sich um:

	2001 (TDM)	2000 (TDM)
- Auflösung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse nach Fördergebietsgesetz	1.412,6 10,8	1.489,7 10,8
- Aufwandszuschüsse	100,8	176,4
- Lohnkostenzuschüsse Arbeitsamt	1,6	13,7
- Auflösung Einzelwertberichtigungen	62,8	0,0
- Nutzungsrecht Teleport	34,8	34,8
- Versicherungsentschädigungen	0,5	22,9
- Geldwerte Vorteile	25,2	23,8
- Übrige Erträge	3,8	10,0

Die Personalaufwendungen verminderten sich gegenüber dem Vorjahr (692,6 TDM) um 108,9 TDM auf 583,7 TDM.

Darunter fallen die Aufwendungen für den Geschäftsführer sowie fünf (Vorjahr sieben) weitere Angestellte. Die Gehälter werden seit dem 1. Januar 1996 nach außertariflichen Vereinbarungen der Geschäftsführung mit den Angestellten gezahlt.

Die Abschreibungen in der Gewinn- und Verlustrechnung verminderten sich gegenüber dem Vorjahr (1.793,0 TDM) um 101,7 TDM auf 1.691,3 TDM und betreffen im Wesentlichen die Abschreibungen auf die Bauten der Gesellschaft.

Die Erhöhung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr (2.014,4 TDM) um 281,2 TDM auf 2.295,6 TDM ist begründet durch die gegenüber dem Vorjahr um 358,6 TDM gestiegenen Grundstücksaufwendungen.

Die Aufwendungen in 2001 betreffen Miete, Pacht und Pachtnebenkosten (489,8 TDM), Energie (412,5 TDM), Grundstücksaufwendungen (406,1 TDM), Werbung und Repräsentation (206,2 TDM), Instandhaltungsaufwendungen (138,7 TDM), Fremdarbeiten und bezogene Leistungen (127,6 TDM), Zuführung Rückstellung für ungewisse Verpflichtungen (99,0 TDM) und Abschluss- und Prüfungskosten (64,0 TDM), Forderungsverluste (87,4 TDM), Fahrzeugkosten (67,9 TDM), Mitarbeiterqualifizierung (29,1 TDM), Rechts- und Beratungskosten (18,8 TDM), Verluste aus Anlagenabgängen (18,2 TDM), Kommunikationsaufwendungen (14,3 TDM), Beiträge und Gebühren (10,4 TDM) sowie übrige Aufwendungen (105,6 TDM).

Zinsen und ähnliche Erträge wurden in Höhe von 25,8 TDM erzielt (Vorjahr 20,9 TDM).

Die Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen in Höhe von 573,3 TDM (Vorjahr 585,3 TDM) beinhaltet Zinsen aus langfristigen Darlehen zur Finanzierung des II. Bauabschnittes des IGZ.

Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von 33,6 TDM (Vorjahr 36,7 TDM) beinhalten Gewerbesteuerrückstellungen für das Jahr 2001.

Die Position Sonstige Steuern in Höhe von 65,6 TDM (Vorjahr 73,0 TDM) beinhaltet Grundsteuerzahlungen für das Jahr 2001 (64,9 TDM) sowie Kfz-Steuern (0,7 TDM).

Der Jahresüberschuss beläuft sich auf 9.262,72 DM.

2. Bilanz

Aktiva

Die Bilanzposition „Immaterielle Vermögensgegenstände“ weist zum 31.12.2001 einen Betrag in Höhe von 20,4 TDM (Vorjahr 12,6 TDM) aus und beinhaltet Restbuchwerte von diversen selbst genutzten EDV-Programmen. Investitionen im Berichtsjahr in Höhe von 14,0 TDM betreffen Software für diverse Internetpräsentationen der Gesellschaft.

Die Bilanzposition „Grundstücke und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken“ verminderte sich gegenüber dem Vorjahr (32.769,7 TDM) um 1.572,4 TDM auf 31.197,3 TDM. Investitionen wurden im Berichtsjahr in Höhe von insgesamt 116,8 TDM getätigt. Sie betreffen Aus- und Einbauten im I. Bauabschnitt.

Die Bilanzposition „Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung“ verminderte sich gegenüber dem Vorjahr (356,2 TDM) um 104,2 TDM auf 252,0 TDM. Die im Berichtsjahr erfolgten Investitionen in Höhe von insgesamt 12,5 TDM beinhalten diverse Wirtschaftsgüter.

Die Bilanzposition „Beteiligungen“ in Höhe von 5,0 TDM (Vorjahr 5,0 TDM) weist unverändert eine 10 %ige Beteiligung an der FEZM GmbH aus.

Die Bilanzposition „Forderungen aus Lieferungen und Leistungen“ in Höhe von 502,8 TDM (Vorjahr 365,6 TDM) beinhaltet in Höhe von 316,5 TDM Mietforderungen sowie in Höhe von 232,8 TDM Forderungen aus sonstigen Lieferungen und Leistungen. Risiken werden durch Einzelwert- (31,6 TDM) und Pauschalwertberichtigungen (14,9 TDM) Rechnung getragen.

Die Bilanzposition „Sonstige Vermögensgegenstände“ in Höhe von 143,8 TDM (Vorjahr 167,2 TDM) beinhaltet Ansprüche auf Aufwandszuschüsse (129,2 TDM) und Steuererstattungsansprüche gegenüber dem Finanzamt (14,6 TDM).

Die Position „Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten“ verminderte sich zum 31.12.2001 im Vergleich zum Vorjahresstichtag (929,4 TDM) um 219,9 TDM auf 709,5 TDM.

Der aktive „Rechnungsabgrenzungsposten“ erhöhte sich im Berichtsjahr (196,9 TDM) nur unwesentlich gegenüber dem Vorjahr (179,7 TDM) und beinhaltet in Höhe von 120,9 TDM die

für das 1. Quartal 2002 im voraus gezahlte Pacht an das TPO, in Höhe von 44,1 TDM im voraus geleistete Versicherungsbeiträge und Kfz-Steuer sowie in Höhe von 31,9 TDM auf die Laufzeit des Vertrages abgegrenzte Leasing-Sonderzahlungen.

Die Position „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ wird in Höhe von 957,7 TDM ausgewiesen und setzt sich aus dem Verlustvortrag in Höhe von 1.016,9 TDM, abzüglich des Jahresüberschusses 2001 in Höhe von 9,2 TDM und des gezeichneten Kapitals in Höhe von 50,0 TDM zusammen. Eine Überschuldung im insolvenzrechtlichen Sinne ist aufgrund der erhaltenen, in den Sonderposten mit Rücklageanteil (siehe Passiva 1. und 2. Position) passivierten Investitionszuschüssen (24,1 Mio. DM) nicht gegeben, weil die Sonderposten zu 50 % zum Eigenkapital der Gesellschaft zählen.

Unter der Position „Treuhandvermögen“ werden Kautionsparbücher der Mieter der IGZ GmbH ausgewiesen, die auf die Gesellschaft als Treuhänder ausgestellt sind. In gleicher Höhe werden Treuhandverbindlichkeiten ausgewiesen.

Passiva

Der „Sonderposten für Investitionszuschüsse zum Anlagevermögen“ in Höhe von 23.981,7 TDM wurde in Höhe der mit Bescheid vom 26. Juli 1994 und 12. Änderungsbescheid vom 4. November 1997 bewilligten und bisher ausgezahlten Investitionszuschüsse aus Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe gebildet und wird über die Nutzungsdauer der begünstigten Anlagengegenstände aufgelöst. Von den förderungsfähigen Investitionsausgaben des II. Bauabschnitts wurden 83 % durch Zuschüsse gefördert.

Unter Berücksichtigung der Zugänge, Abschreibungen und Anlagenabgänge ergibt sich folgende Entwicklung:

Stand am 01. Januar 2001	25.394.302,00 DM
Auflösung in 2001	<u>1.412.619,00 DM</u>
Stand am 31. Dezember 2001	<u>23.981.683,00 DM</u>

Der „Sonderposten für Sonderabschreibungen nach dem Fördergebietsgesetz“ in Höhe von 169,0 TDM (Vorjahr 179,8 TDM) wurde für im Jahr 1994 in Anspruch genommene Sonderabschreibungen nach dem Fördergebietsgesetz gebildet. Die Auflösung wird nach Maßgabe des Förderzeitraumes über die Restnutzungsdauer der betroffenen Anlagengegenstände vorgenommen.

„Steuerrückstellungen“ werden im Berichtsjahr in Höhe von 34,1 TDM (Vorjahr 36,7 TDM) ausgewiesen und betreffen die zu erwartenden Gewerbesteuerzahlungen für das Jahr 2001.

„Sonstige Rückstellungen“ werden im Berichtsjahr in Höhe von 174,3 TDM (Vorjahr 105,0 TDM) ausgewiesen. Die Rückstellungen umfassen die voraussichtlichen Jahresabschlussaufwendungen (32,4 TDM), die Prüfungskosten für den Jahresabschluss 2001 (34,0 TDM), ungewisse Verpflichtungen (99,0 TDM), eine Tantiemerrückstellung (2,0 TDM) sowie Rückstellungen für die Berufsgenossenschaft (4,3 TDM) und für ausstehende Rechnungen (2,6 TDM).

Die Bilanzposition „Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten“ in Höhe von insgesamt 9.042,5 TDM (Vorjahr 9.204,4 TDM) beinhaltet zwei Investitionskredite zur Finanzierung des I. und II. Bauabschnitts des IGZ bei der NORD/LB Braunschweig.

„Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen“ werden in Höhe von 257,4 TDM ausgewiesen. Dies ist gegenüber dem Vorjahr eine Verminderung um 160,0 TDM.

Die Bilanzposition „Sonstige Verbindlichkeiten“ verminderte sich gegenüber dem Vorjahr (121,1 TDM) um 13,8 TDM auf 107,3 TDM. Sie beinhaltet Verbindlichkeiten aus Lohn- und Umsatzsteuer (59,3 TDM), aus Sozialversicherungsbeiträgen (11,9 TDM) sowie für Gewerbesteuer Vorjahre (36,1 TDM).

Der passive „Rechnungsabgrenzungsposten“ verminderte sich im Berichtsjahr (219,1 TDM) um 26,5 TDM gegenüber dem Vorjahr (245,6 TDM) und beinhaltet in Höhe von 110,0 TDM Baukostenzuschüsse von Mietern, in Höhe von 69,6 TDM Nutzungsrechte für Telekommunikationsdienste sowie in Höhe von 39,5 TDM Mieten für 2002.

3. Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung

Die Ergebnisse der **Prüfung gemäß § 53 Haushaltsgrundsätze-gesetz** führten im Wesentlichen unter nachfolgenden Punkten zu Feststellungen bzw. Hinweisen:

10. „Für die im Berichtsjahr erfolgte Veräußerung von Parkflächen konnte uns ein hierfür nach dem Gesellschaftsvertrag erforderlicher Zustimmungsbeschluss der Gesellschafter nicht vorgelegt werden. Nach uns erteilten Auskünften wurde die Veräußerung aber mit einzelnen Gesellschaftervertretern abgestimmt.“
13. „Im Berichtsjahr hat die Gesellschaft innerhalb des Zweckbindungszeitraums der in Vorjahren gewährten Investitionszuschüsse Besitz, Nutzen und Lasten an den Parkplatzflächen an die Gemeinde Barleben übertragen.“

Die Auswertung der Prüffeststellungen erfolgte auf der Gesellschafterversammlung am 13.09.2002, diesbezüglich verweisen wir auf die gemachten Ausführungen zur Stellungnahme des Abschlussprüfers hinsichtlich der Beachtung von Gesetz und Gesellschaftsvertrag (Seite 2 der Begründung).

4. Zusammenfassung

Der von der Wollert-Elmendorff Deutsche Industrie-Treuhand GmbH geprüfte und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehene Jahresabschluss zum 31.12.2001 wurde in der Gesellschafterversammlung am 13. September 2002 von den anwesenden Gesellschaftern zustimmend zur Kenntnis genommen und unter dem Vorbehalt der Zustimmung des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg festgestellt. Der Jahresüberschuss 2001 in Höhe von 9.262,72 DM ist im Jahresabschluss auf neue Rechnung vorgetragen.

Das Prüfungsergebnis 2001 einschließlich des Bestätigungsvermerkes, die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung, der Lagebericht sowie der Protokollauszug der Gesellschafterversammlung vom 13. September 2002 sind als Anlage beigelegt. Der Prüfbericht

kann nach Absprache in der Abteilung Beteiligungsverwaltung der Stadtkämmerei eingesehen werden.

Anlagen

Zusammenfassung des Prüfberichtes mit Bestätigungsvermerk

Bilanz und Gewinn- u. Verlustrechnung

Lagebericht

Protokollauszug Gesellschafterversammlung vom 13.09.2002